



6 Prozent Einkommensplus lautet die Forderung für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Wir haben Nachholbedarf! Diese Forderung ist angesichts des Rückstandes der Landesbediensteten auf die Einkommen der Bundes- sowie Kommunalbeschäftigten dringend geboten. Die Kolleginnen und Kollegen des Landes leisten genauso verlässlich und kompetent ihren Dienst.

Zudem soll eine soziale Komponente in Form eines Sockelbetrages bei den unteren Entgeltgruppen, die bei den Tarifbeschäftigten der Polizei des Landes Baden-Württemberg den weitaus größeren Teil ausmachen, für einen spürbaren Gehaltszuwachs sorgen.

Steigende Beiträge zur Krankenversicherung, stärkere Eigenvorsorge bei der Rente und das womöglich mit einem befristeten Arbeitsvertrag, dazu kommen Personalmangel und zunehmende Arbeitsverdichtung, das sind keine Optionen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern.

Nicht akzeptabel!

So eine erste Reaktion des Verhandlungsführers Peter-Jürgen Schneider auf Seiten der TdL.

Diese Verweigerungshaltung ist nicht neu, aber auch keinesfalls zu akzeptieren.

Am 18.01.2017 findet die erste Verhandlungsrunde in Berlin statt. Wir, die Tarifvertretung der DPoIG Baden-Württemberg, sind derzeit in Vorbereitung verschiedener Aktionen, um unsere Forderungen kraftvoll zu untermauern. Sollte die TdL bei dieser Verweigerungshaltung bleiben, muss sie mit unserem Widerstand rechnen.

Und wir rechnen dann mit Euch!

Wir fordern:

Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, darin enthalten:

- ein Mindestbetrag als soziale Komponente
- Stufengleiche Höhergruppierung

Auszubildende:

- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 90 Euro
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage
- Übernahme aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber
- Übernahme aller Auszubildenden

Zeit - und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich

Weiterentwicklung der allgemeinen Entgeltordnung im Bereich der TdL

Ausschluss sachgrundloser Befristungen

Anhebung der Vollzugs- und Feuerwehrzulage auf die Höhe der beamtenrechtlichen Zulage

Laufzeit 12 Monate